

Bnr.de - Entschlossenes Handeln fehlt

Seite 1

Frau Bürgermeisterin Pepper / Hauptausschüß
zur freundlichen Kenntnis

bnr.de

blick nach rechts

30.3.2007 Gertrud Tammerna



M.f.G.

Woe

R

234.

Hintergrund: Entschlossenes Handeln fehlt

Was ist wirklich zu tun gegen Rechts – eine Analyse der letzten Jahrzehnte steht aus.

Man konnte es voraussehen, wie die Republik nach dem abzusehenden Wahlerfolg der NPD reagieren würde; Aufrufe der Politiker zu einer Sondersitzung des Parlaments; mahnende Rufe des Zentralrates über wachsende Unruhe unter der jüdischen Bevölkerungen; besorgte Kommentare der medialen Leitartikler über den Zustand des Staatswesens; Appelle an die Demokraten; Streit links gegen rechts, weil nicht genug gegen rechts getan werde und beschwichtigende Hinweise der zuständigen Ministerin auf ihren Haushalt. Nichts, was daran neu gewesen wäre. Und wir dürfen sicher sein, beim nächsten Anlass werden alle wieder so reagieren. Da Recherche nicht mehr die bevorzugte Arbeitsweise von vielen Journalisten zu sein scheint, wird dann niemand daran erinnert werden, wie das letzte Mal reagiert wurde. Es hat den Eindruck, jedes neue Ereignis ist wieder nur der „Zwischen“fall. Die Republik hat sich arrangiert, das Problem hat seine schlimmste Ausprägung da, wo ohnehin nicht zu viele Menschen sind, im ostdeutschen Freihege für braune Wölfe.

Dabei hätte eigentlich der eigentliche Grund zur Unruhe sich weniger auf die beziehen müssen, die agieren, denn auf die, die reagieren beziehungsweise nicht reagieren. Das sind die Verantwortlichen, Bürgermeister, Räte, in den Gebieten, die zu „befreiten Zonen“ erklärt werden, und die es nicht schaffen, sich dagegen zu wehren oder Hilfe dafür zu mobilisieren, wenn sie es allein nicht schaffen. Viel bedrückender sind die Berichte, die uns aus unterschiedlichsten Anlässen inzwischen tagtäglich treffen, über die Staatsmacht, die sich verweigert, wenn friedliche Bürger von irregeleiteten Anhängern rechtsextremer Ideologie angegriffen werden – Polizisten, die das ihrem Dienstes gemäßes Handeln verweigern, Staatsanwälte und Gerichte, die sicher eher gegen die Opfer zu wenden scheinen als die Täter zu verfolgen; Aufsichtsbehörden, Regierungen und Parlamente, die sich verschweigen,